

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Verlagerung der Außenstelle Berlin der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe nach Bonn

Im Oktober 1990 wurde in O-1040 Berlin, Invalidenstraße 44, eine Außenstelle der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gegründet und somit 130 Arbeitsplätze geschaffen.

Nunmehr haben die Angestellten aus der Presse erfahren, daß ihre Außenstelle auf Empfehlung des Arbeitskreises Bonn/Berlin und Beschuß der Föderalismuskommission nach Bonn verlegt werden soll.

Am 26. Juni 1992 wurde mit 380 Stimmen für die Verlegung gestimmt [Drucksache 12/2853 (neu)].

Nach unserer und der Auffassung der Betroffenen ist dieser Schritt nicht mit dem erklärten politischen Willen, den Aufbau der neuen Bundesländer durch gezielte Ansiedlung neuer Arbeitsplätze zu fördern, in Einklang zu bringen.

Nach Abwicklung des Zentralen Geologischen Institutes und der Anstalt für Geowissenschaften der DDR haben Geowissenschaftler der neuen Bundesländer (95 Prozent) mit viel Engagement diese Dienststelle aufgebaut, die sich ausschließlich Aufgabenfeldern der neuen Bundesländer und Osteuropa zuwendet. Mit der Verlagerung nach Bonn können diese Aufgaben nicht mehr problemgerecht, d. h. ortsnah und mit möglichst geringem Kostenaufwand bewältigt werden.

Aus diesen Gründen fragen wir die Bundesregierung:

1. Von welchen Überlegungen hat man sich leiten lassen, als eine Verlegung auf die Tagesordnung gesetzt wurde?
2. Gab es Alternativen, wenn ja, welche?
3. Warum wurden die Mitarbeiter nicht in die Entscheidungsfindung mit einbezogen?

Wann werden sie offiziell von wem informiert?

4. Wie sind Mitarbeiter abgesichert, für die aufgrund privater Hindernisse ein Umzug ausscheidet (Alter, Gesundheit...)?

Bonn, den 21. Juli 1992

Dr. Uwe-Jens Heuer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe